Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile 100.— M., Reklamezeile 200.— M.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zetzerstraße 10. bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: [illegible] 1170.00 Mk. von unseren Boten [illegible] 1200.00 [illegible] Einzelnummer 120.00 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge [illegible] der Geschäftsstelle, Zetzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 50 ‖ Dienstag, den 1. Mai 1923 ‖ 62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Der Reichskanzler hat die Ministerpräsidenten der Länder und die Staatspräsidenten für Montag nachmittag 3 Uhr zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage nach Berlin einberufen.

— Der erste Vizepräsident des Preußischen Landtages, Geh. Justizrat Dr. Felix Porsch, Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Vorsitzender der preußischen Zentrumsfraktion und -Partei, feiert am 30. April seinen 60. Geburtstag.

— In Gleiwitz haben die Ermittlungen der politischen Partei zur Aufdeckung einer weitverzweigten kommunistischen Verschwörung geführt.

— In London wird offiziell bekannt gegeben, daß Bonar Law sich mehrere Wochen zur Erholung „nach einem unbekannten Ort" begeben werde.

— Das Hauptquartier der irischen Aufständischen hat die Einstellung der Operationen vom 30. April ab angeordnet.

— Der österreichisch-italienische Handelsvertrag ist in Rom unterzeichnet worden.

Die orientalische Frage.

General Weygand, der gerade in dem Augenblick als französischer Oberkommissar nach Syrien entsandt worden ist, in dem die Orient-Konferenz in Lausanne ihre Arbeiten wieder begann, gilt vielen Leuten in London als ein Sturmvogel. Es ist noch nicht vorauszusehen, wie sich die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Vorder-Asien entwickeln werden, aber man erinnert sich unwillkürlich an die Betrachtungen, die schon seit Jahren über die Angelegenheiten des Ostens laut wurden. Es hieß dann, wenn es Frühling wird, gehen im Balkan die Gewehre los, und diese Erwartungen sind oft eingetroffen.

Die Beilegung des Konfliktes zwischen Griechen und Türken ist im Vorjahre auf der Konferenz von Lausanne noch nicht vollständig erfolgt, die Verhandlungen darüber sollten jetzt fortgesetzt werden. Aber beide Teile sind nicht mit dem zufrieden, was erzielt worden ist, die siegreichen Türken verlangten mehr, als die lebhaft interessierten Franzosen und Engländer, die wieder unter sich uneinig sind, ihnen bewilligen wollten, und die Griechen wollten nicht herausgeben, was ihnen nach ihren schweren Niederlagen abgesprochen worden ist. Damals standen die Engländer auf Seiten der Griechen, die Franzosen auf Seiten der Türken. Aber die Verhältnisse haben sich seitdem verschoben. Es ist möglich, daß die Rollen vollständig vertauscht werden.

Die Türken wissen, daß die Engländer und Franzosen sich heute noch im gesteigerten Gegensatz befinden, denn die Ruhraktion hat die politische und wirtschaftliche Konkurenz Frankreichs zu England verschärft. Es ist daher nicht anzunehmen, daß sich einer von beiden ernstlich in die asiatischen Verhältnisse einmischen und den Osmanen Vorschriften machen kann, wie weit sie zu gehen haben. Während des Winters ist die monarchische Türkei in eine Republik umgewandelt worden, und nur die Würde des Khalifen, des geistlichen Oberhauptes über alle Mohammedaner, ist einem Mitgliede des Hauses Osman geblieben. Die Regierung steht unter dem Einfluß des siegreichen Generals Mustapha Kemal Pascha, und von diesem ist keine Unterwerfung unter die Forderungen der abendländischen Mächte zu erwarten. Die Griechen haben inzwischen in Athen ein Blutbad unter den Ministern und Generälen des früheren Königs Konstantin angerichtet, der nach seiner Abdankung in Palermo auf Sizilien gestorben ist. Griechenlands Macht hat sich nicht gehoben, man scheint dort nur auf einen glücklichen Umstand in dem Wirrwarr zu rechnen, der jetzt eintreten kann.

Es ist sehr wohl möglich, daß das neue Orientgewitter, das die Entsendung des Generals Weygand nach Syrien ankündigen soll, wieder anzieht, aber die Tatsache ist nicht zu vergessen, daß die Russen die Entwicklung in Konstantinopel und in Asien mit großer Spannung verfolgen. In Moskau ist man entschlossen, die Türken nicht den Engländern und Franzosen zu überliefern, natürlich nicht der Türken wegen, sondern der eigenen Zukunftshoffnungen wegen, über die allerdings noch Jahre vergehen können. Denn in Bezug auf die Orientpolitik ist die Haltung der Moskauer Bolschewisten keine andere, als die der ehemaligen Zaren in Petersburg.

Den Engländern waren früher diese asiatischen Angelegenheiten wichtiger, als die deutschen Reparationsangelegenheiten, denn sie waren eng verknüpft mit dem sicheren britischen Besitz von Indien. Die französischen Wünsche erstreckten sich besonders auf Syrien, denn für die dort lebenden Christen galt Frankreich schon seit einem Jahrhundert als historische Schutzmacht. In London wie in Paris weiß man aber genau, wie leicht sich die Interessen kreuzen und daraus Konflikte entstehen können. Deshalb wurden auch die Ereignisse des Vorjahres auf beiden Seiten mit hohem Mißtrauen verfolgt.

Wie weit sich die Anschauungen über das, was der eigene Nutzen gebietet, im Laufe des Winters geändert haben, wird sich bald genug herausstellen. Die Franzosen sind durch die Ruhraktion reichlich in Anspruch genommen, und den Briten erscheinen die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten in West-Europa heute auch wohl wichtiger, als die Dinge im nahen Orient.

Die Mission des Generals ist deshalb als so bedeutsam erachtet worden, weil Weygand als der beste Schüler und der hervorragendste Gehilfe des Marschalls Foch betrachtet wird. Er hat 1921 bei Warschau die Polen kommandiert und die russische Bolschewistenarmee, die bis zur Weichsel vorgedrungen war, geschlagen. Um Lust, sich neuen militärischen Ruhm zu erwerben, wird es ihm wohl nicht fehlen. Wenn aus dem Willen eine Tat wird, wird die Rückwirkung auf die ausländischen Zustände nicht fehlen.

Das deutsche Angebot.

Entscheidende Kabinettssitzung.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, findet am Montag nachmittags 3 Uhr eine Kabinettssitzung der Reichsregierung statt, an der sämtliche Ministerpräsidenten der Länder teilnehmen werden. Die Kabinettssitzung wird sich mit der Frage des deutschen Angebots beschäftigen.

Die Furcht vor dem englischen „Schiedsrichter".

Noch kennt zwar niemand das „deutsche Angebot", von dem man seit der Curzon-Rede so viel spricht, aber in Paris mißbilligt man es schon. So schreibt Pertinax im „Echo de Paris":

Die Minister des Reiches werden sich hüten, in ihren Vorschlägen eine bestimmte Ziffer anzugeben. Vielleicht verzeichnen sie ein Mindestangebot von ungefähr 20 Milliarden Goldmark, aber im übrigen werden sie für die Ausgabe einer Reihe von internationalen Anleihen eintreten und die Notwendigkeit nachzuweisen versuchen, daß die Leiter der großen Finanzmärkte in London und New York mit der Festsetzung der endgültigen Beträge zu beauftragen seien. Außerdem müssen dem deutschen Standpunkt zufolge Frankreich und Belgien sich wahrscheinlich ihre Pfänder aus der Hand nehmen lassen. Pertinax schließt fort: Die französische Regierung kann natürlich auf der Grundlage eines solchen Planes sich nicht in die geringsten Diskussionen einlassen und die Antwort, welche nach Berlin abgeht, wird darüber keinen Zweifel lassen.

Weiter wird dann ausgeführt, daß die Deutschen dies sehr gut wüßten und daß sie ihre Hoffnungen nur auf England richten, das als unparteiischer Schiedsrichter auftreten solle. Davor aber haben die Franzosen offenbar Angst; denn Pertinax beschwört England, daß es sich in dieser entscheidenden Stunde als Verbündeter zeigen solle. Pertinax scheint sich dabei gar nicht bewußt zu sein, ein wie hartes Urteil er mit diesem Appell über die französischen Ansprüche fällt. Denn wenn sie gerecht wären, so brauchte er den Spruch eines unparteiischen Schiedsrichters nicht zu fürchten.

Poincarés Sabotage.

Aber Frankreich will auch gar kein annehmbares deutsches Angebot. Poincaré hat deshalb schon für alle Fälle vorgebeugt, indem er offiziös erklären ließ, daß, wenn Herr Cuno diskutierbare Vorschläge machen wolle, die französische Regierung fest entschlossen sei, die Waffenstreckung des Reiches als erste Bedingung zu verlangen. Diese Sabotage jeder Lösung der Reparationsfrage durch Poincaré geht selbst einzelnen Pariser Blättern zu weit. So schreibt „Oeuvre":

Diese Entschließung bleibe zwar gerechtfertigt, aber es sei immerhin merkwürdig, daß Poincaré im entscheidenden Augenblick, wo Deutschland von Lord Curzon angetrieben, die ersten Vorschläge machen wolle, diese Bedingung in dieser merkwürdigen Art zum Ausdruck gebracht habe. Seit der Ruhrbesetzung haben die französische und belgische Regierung verschiedene Konferenzen abgehalten, doch niemals stellten sie diese Bedingung auf. Außerdem lasse auch nichts darauf schließen, daß Poincaré die belgische Regierung in dieser Hinsicht befragt habe. Es sei doppelt beunruhigend, da es niemand ein Geheimnis ist, daß die belgischen und französischen Sachverständigen ihre Arbeiten zur Ausarbeitung eines Reparationsplanes noch nicht aufgenommen habe. Und, so fährt das Blatt fort, es ist sehr leicht möglich, daß die belgische Regierung sich mit diesem neuen Schritt Poincarés recht unzufrieden zeigen könnte.

Die Verkehrssperre.

Einführung der Passierscheinpflicht.

Wie schon angekündigt wurde, hat jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, daß der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland in Zukunft nur für Personen erlaubt ist, die einen von den alliierten Behörden ausgestellten Passierschein besitzen.

Diese Verordnung dürfte vorläufig nur auf dem Papier stehen; denn da es sich bei dieser theoretischen „Grenzziehung" um eine Linie von vielen hundert Kilometern handelt, die jetzt noch einen Wechselverkehr von hunderttausend Personen täglich sieht, so wären ungezählte Paßstellen nötig, um eine wirksame Kontrolle auszuüben. Derartig einschneidende Maßnahmen wirken also mehr auf das Pariser Publikum als auf die Nächstbeteiligten: selbst die jüngste Kohlenverordnung, die den Verkehr mit Kohlen vom Passierschein abhängig macht, läßt sich mangels ausreichender Kontrollmöglichkeiten bisher so gut wie nirgends verwirklichen.

Einstellung des Kraftwagenverkehrs.

Mehr Erfolg hatten die Franzosen mit einer anderen Maßnahme, nämlich mit der Kraftwagenkontrolle. Allerdings ist auch hier der Erfolg nicht der, den man vielleicht erwartet hatte. Die Verordnung der Rheinlandkommission über den Personen- und Lastkraftwagenverkehr im altbesetzten Gebiet wird von der Reichsregierung nicht als rechtsgültig anerkannt. Sie hat deshalb sowohl der Post als auch den Privatunternehmern untersagt, die durch die Verordnung vorgeschriebene französische oder belgische Genehmigung nachzusuchen. Der Kraftwagenverkehr, der sich als Ersatz für die stillgelegte Eisenbahn im besetzten Gebiet in der letzten Zeit erfreulich entwickelt hatte, wird deshalb zum 1. Mai im französisch und belgisch besetzten Gebiet in vollem Umfange eingestellt. In der Rheinpfalz wird der Verkehr der Post-Autolinien auf Anordnung des pfälzischen Delegierten des Rheinlandkommission bereits am 28. April um Mitternacht eingestellt.

Uebrigens wird die Kraftwagenkontrolle französischerseits als eine Abwehrmaßnahme gegen angebliche deutsche Geheimorganisationen erklärt. Der Temps bemerkt dazu, in Deutschland habe kürzlich eine Uebung „nationalistischer Banden" stattgefunden, bei dem allem Anschein nach eine Reichswehrabteilung die Rolle der französischen Truppen (!) gespielt habe. Die Organisation plane die Eröffnung eines „Guerillakrieges" gegen die Franzosen im Ruhrgebiet. Durch die Einschränkung des Lastautomobilverkehrs solle der Transport solcher nationalistischer Banden verhütet werden.

Der Streit um die Kapitulationen.

Noch keine Einigung.

In der 1. Kommission der Orientkonferenz kam die alte Streitfrage von der ersten Konferenz, die Frage der Kapitulationen, wieder zur Sprache. Einige Alliierte traten hier entschlossen den Türken gegenüber. Sie sind wohl damit einverstanden, daß die Kapitulationen abgeschafft werden, und daß bis zu ihrer wirklichen Aufhebung ein Uebergangsregime an die Stelle treten soll, während die Türken erklären, daß während des Krieges die Kapitulationen abgeschafft sind und abgeschafft bleiben müssen. Dies müsse klipp und klar in dem Art. 26 des Friedensvertragsentwurfs, der von Kapitulationen handelt, zum Ausdruck kommen. Unberührt davon bleiben natürlich die in anderen Artikeln festgelegten Ausnahmebestimmungen für Ausländer. Da natürlich Alliierte wie Türken auf ihrem Standpunkt beharrten, wurde die Frage schließlich an ein Sachverständigenkomitee überwiesen, das einen Ausweg finden und formulieren soll. Die übrigen Fragen, über die man verhandelte, waren nur von untergeordneter Bedeutung.

Der Aufmarsch in Syrien.

Während man in Lausanne verhandelt, trifft man im Orient alle Vorbereitungen für den Fall, daß die Konferenz scheitern sollte. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph bestätigt halbamtlich, daß Frankreich eine Division zur Verstärkung nach Syrien entsendet und General Weygand den Auftrag erhalten hat, auf der Ausreise nach Syrien in Lausanne Ismed Pascha zu erklären, daß die französische Regierung entschlossen sei, ihre Forderungen an die Türkei mit jedem Mittel durchzusetzen. Der Berichterstatter meldet ferner aus sehr guter Quelle, daß der griechische Außenminister Alexandris, der vor einigen Tagen Poincaré besucht hat, erklärt habe, eine neu ausgerüstete französische Armee von 180 000 Mann den alliierten Regierungen gegen die Türken zur Verfügung zu stellen.

Deutsches Reich.

den 30. April 1923.

• **Die Stellung des preußischen Staatsrats.** Die bürgerlichen Fraktionen des preußischen Staatsrats haben an die preußische Regierung eine förmliche Anfrage gerichtet, die sich mit den kürzlichen Ausführungen des Ministerpräsidenten Braun im Hauptausschuß des Landtages beschäftigt, in denen er erklärte, daß der Staatsrat zu einer beweglichen und weniger den Gang der Regierungsgeschäfte hemmenden Institution werden müsse. Die Bestrebungen des Staatsrats

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119230501-16/fragment/page=0001

zum Parlament zu werden, entsprächen nicht den Absichten der preußischen Verfassung. Der Staatsrat fragt, worauf sich diese Ausführungen des Ministerpräsidenten stützen, und erwartet sofortige Antwort.

* **Olszewski polnischer Gesandter in Berlin?** Wie polnische Blätter berichten, reist Minister Olszewski wieder nach Dresden zu den deutsch-polnischen Verhandlungen zurück. Sein Aufenthalt in Warschau wurde mit der Frage seiner Ernennung zum Gesandten in Berlin in Verbindung gebracht. Eine Entscheidung darüber ist jedoch noch nicht bekannt gegeben.

* **Der Saarlandesrat gegen die Frankenwährung.** Der Saar-Landesrat behandelte in allgemeiner Aussprache die Regierungsvorlage betreffend die Aenderung der gesetzlichen Währung im Saargebiet. Der Regierungsvertreter gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Einführung des Franken. Der Kommissionsbericht wurde von dem Abgeordneten Becker (Zentrum) erstattet. Der Kommission lagen neben einer Begründung der Regierungskommission zahlreiche Eingaben von wirtschaftlichen Verbänden vor. Nur eine Eingabe sprach sich für die Einführung der französischen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel aus, während die anderen Eingaben diese Währung grundsätzlich ablehnen. In der Aussprache sprachen sich alle bis auf ein Kommissionsmitglied grundsätzlich gegen die Einführung des französischen Franken aus.

* **Schutz gegen Deutschlands Ausverkauf — aber keine Einreisebeschränkungen.** Offiziös wird mitgeteilt:

Im Ausland verbreitete Meldungen, wonach die deutschen Behörden strenge Vorschriften zur Einschränkung des Fremdenzustroms nach Deutschland erlassen hätten, haben Anlaß zu Warnungen vor Reisen von Ausländern nach Deutschland gegeben. Diese Warnungen sind unbegründet. Die Regierung und die Wirtschaftsverbände in Deutschland haben Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Ausländern getroffen. Ernsten Geschäftsleuten, aber auch Touristen-Ferienreisenden, Besuchern von Ausstellungen, Kongressen werden für Einreise und Aufenthalt keine Schwierigkeiten bereitet. Eine weitherzige Handhabung der Ausfuhrkontrolle ist gewährleistet.

Stillegung der Ruhr-Kokereien.

— **Essen**, 28. April. **In Abwehr der Eingriffe der Franzosen und Belgier in die Kokslager hat der Ruhrbergbau alle Kokereien stillgelegt mit Ausnahme derjenigen, deren Produktion unmittelbar an deutsche Verbraucher überweist. Die Koksproduktion ist infolgedessen auf weniger als den fünften Teil herabgesunken.**

Von einem französischen Posten erschossen.

Essen, 29. April. Hier ist der Bergarbeiter Borkutzki aus Wanne angeblich bei dem Versuch, in eine französische Baracke einzusteigen von einem französischen Posten erschossen worden.

Wieder ein Schandurteil.

— **Bonn**, 29. April. **Der Oberbürgermeister Dr. Falk wurde vom französischen Kriegsgericht zu drei Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil das städtische Pressamt den Zeitungen einen Bericht über die Verhaftung eines Beigeordneten sowie über die Beschlagnahme der städtischen Diensträume gegeben hatte. (!)**

Schweres Autounglück.

Goch, 29. April. An einem Bahnübergang stieß ein mit fünf Personen besetzter Lastkraftwagen mit einem belgischen zusammen. Dabei wurden zwei Insassen des Kraftwagens sofort getötet, zwei andere so schwer verletzt, daß sie abends ihren Verwundungen erlagen. Der fünfte Insasse kam, weil er rechtzeitig absprang, mit Hautabschürfungen davon.

Generalstreikparole der „Erwerbslosen".

Elberfeld, 29. April. Nach einer Mitteilung an die Stadtverordnetenversammlung haben die Erwerbslosenräte von Rheinland und Westfalen an den Reichsarbeitsminister ein Telegramm gerichtet, wonach die Notstandsarbeiter von Rheinland und Westfalen in den Generalstreik eintreten. Der Minister wird in dem Telegramm aufgefordert, eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen. Auch in Elberfeld sind die Notstandsarbeiter in den Streik getreten.

Der wahre Grund der Autosperre.

Wiesbaden, 29. April. Der eigentliche Grund des Verbots des Autoverkehrs im besetzten Gebiet ergibt sich aus einer neuen Bekanntmachung der Franzosen, wonach sie als Ersatz für den unterbundenen Autoverkehr täglich sechs Zughaare zwischen Griesheim-Höchst-Wiesbaden einlegen werden. Man will also das deutsche Reisepublikum durch Unterbindung jeglichen anderen Verkehrs zwingen, die französisch geführten Züge zu benutzen.

Minister Keil revoziert.

Stuttgart, 29. April. **Reichstagsabgeordneter Minister Keil hat dem Reichstagspräsidenten Loebe eine Erklärung zugehen lassen, wonach Keil die gegen den Abgeordneten Bazille in der Reichstagssitzung im Juli 1922 erhobenen Vorwürfe, nachdem auch die Staatsanwaltschaft die Frage des Betruges verneint hat, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt.**

Maifeier-Terror in Bayern.

München, 29. April. **Amtlich wird mitgeteilt:**

Nach vorliegenden Meldungen wird an einzelnen Orten in den Betrieben ein starker Terror ausgeübt, um auch die arbeitswilligen Arbeiter am 1. Mai von der Arbeit abzuhalten und zur Teilnahme an den Maifeiern zu nötigen. Die Polizeibehörden sind vom Staatsministerium des Innern angewiesen worden, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren und terroristische Maßnahmen zu verhindern.

Neue Zusammenstöße in München.

München, 29. April. Gestern früh wurde ein Eisenbahnarbeiter, als er zur Arbeit ging, von einem Nationalsozialisten angeschossen. Der Arbeiter hat Streifschüsse erhalten. Dem Täter, der verhaftet wurde, ist die Schußwaffe abgenommen worden. In Schwabing fand eine Versammlung der kommunistischen Jugend statt. Nach Schluß der Versammlung wurde ein des Weges kommender Nationalsozialist gestellt und umringt. Der Nationalsozialist gab aus einem Revolver mehrere Schüsse in die Luft ab.

* **Koblenz.** Auf der Strecke M.-Gladbach—Viersen entgleiste ein belgischer Personenzug.

* **Koblenz.** Die Franzosen besetzten den Bahnhof Montabaur im Westerwald an der Strecke Bonn—Limburg und verhafteten den Bahnhofsvorsteher. Damit ist auch die letzte direkte Verbindung zwischen Limburg—Koblenz unterbunden.

Ruhr-Chronik.

* **Neue Eisenbahnattentate.** Auf der militarisierten Strecke Hattingen—Vorhalle wurde gestern eine der zwei großen Brücken in die Luft gesprengt. Sieben schwere Detonationen wurden in Witten gehört. Welche Brücke den Sprengungen zum Opfer gefallen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die von den Franzosen in Betrieb gehaltene Südstrecke ist zwischen Herdecke und Bommern von unbekannten Tätern an verschiedenen Stellen gesprengt worden. Ein weiterer Anschlag ist gegen das Nordgleis der Zeche Waltrop verübt worden.

* **Französische Milchräuber.** Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Köln überraschten in Essen zwei deutsche Eisenbahnbeamte in einem Packwagen französische Beamte, die den im Wagen stehenden Kannen Milch entnahmen. Die beiden Deutschen wurden darauf von den Franzosen mit Gummiknüppeln derart mißhandelt, daß einer von ihnen blutüberströmt zum Hospital gebracht werden mußte. Vorstellungen bei dem französischen Kommando wurden zurückgewiesen.

Degoutte verfügt . . . General Degoutte hat eine Verfügung erlassen, wodurch Koksmengen oder die Nebenerzeugnisse der Steinkohlen im besetzten Gebiet zugunsten der Verbündeten beschlagnahmt werden. Die für die Ausbeutung der Bergwerke verantwortlichen Direktoren haben eine Geldstrafe von wenigstens 10 Millionen Mark und eine Gefängnisstrafe, die bis zu 10 Jahren gehen kann, verwirkt, wenn Kohlenvorräte teilweise oder auch ganz fortgeschafft werden oder die Qualität der Kohlen willkürlich gemindert wird. Geld- und Gefängnisstrafen sind auch gegen Personen vorgesehen, die sich der Mittäterschaft schuldig machen.

* **Schüsse auf belgische Soldaten.** Am Uebergang über die Lippe zwischen Wesel und Friedrichsfelde sind in der Nacht vom 25. zum 26. April zwei belgische Soldaten durch Schüsse schwer verletzt worden. Einer von ihnen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Aus Anlaß dieses Attentats sind der Landrat Schlichtmann von Dinslaken und der Bürgermeister von Hünxe festgenommen worden. Im Kreise Moerde wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Der Straßenverkehr ist von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt.

* **Belagerungszustand.** Ueber die Moseldörfer Winningen und Güls wurde von den Franzosen der Belagerungszustand verhängt und der Verkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt. Als Grund für diese Maßregel wird ein Sabotageakt an einem von Trier kommenden französischen Zug angegeben, den man angeblich durch Sprengung der Schienen zum Entgleisen bringen wollte. Nach unbestätigten Mitteilungen soll ein französischer Eisenbahner verwundet worden sein. Die Franzosen haben den Bürgermeister von Winningen und den Ortsvorsteher von Güls verhaftet und nach Koblenz ins Militärgefängnis abgeführt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

* **Der Rhein-Herne-Kanal noch immer unbefahrbar.** Französische Meldungen behaupten, daß es den Arbeiten der französischen Ingenieure gelungen sei, den Rhein-Herne-Kanal durch Hebung des gesunkenen Kahnes wieder frei zu machen und daß sie in der Lage wären, die auf dem Kanal liegenden 112 Kohlenkähne fortzuschaffen. Die Franzosen behaupten sogar, schon einige dieser Kähne abgefahren zu haben. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Selbst wenn der gesunkene Kahn gehoben sein sollte, so bliebe noch als größtes Hindernis die Kanalsprengung bei Heinrichenburg. Dort arbeiten die Franzosen schon seit Wochen daran, das Kanalbett zu verengen und zu vertiefen, um den einen oder anderen Kohlenkahn flottzubekommen. Damit werden sie aber nicht viel schaffen, da das Wasser beim Oeffnen der Schleusentore immer mehr abläuft und keine weitere Speisung mehr erfolgt. Deshalb kann von einer technischen Behebung der Kanalstörung keine Rede sein und damit stimmt auch die Tatsache überein, daß von den Franzosen die von ihnen aus Horn angemieteten Kanalschiffer in Urlaub geschickt worden und bis heute noch nicht zurückgekehrt sind. Die Kanalstörung wird also auch fernerhin das Transportproblem zum Scheitern bringen.

* * *

* **Bonn.** Aus Godesberg sind wiederum rund 40 Eisenbahner ausgewiesen worden. Ferner sind Eisenbahner von den Stationen Duisdorf, Sechtem und Kottenforst ausgewiesen worden.

* **Höchst a. M.** Die französische Besatzungsbehörde wies 21 Gerichts- und Finanzbeamte sowie mehrere Privatpersonen aus, darunter auch einen Kreisarzt und den Direktor der hessisch-nassauischen Gasanstalt. Die Familien müssen binnen 4 Tagen den Ausgewiesenen folgen.

* **Wiesbaden.** Als Ersatz für den unterbundenen Automobilverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet legten die Franzosen zwischen Griesheim-Höchst und Wiesbaden je sechs Personenzüge nach beiden Richtungen ein.

Auslands-Rundschau.

Die jugoslawische Regierungskrise.

+ Pasitsch hat jetzt zum dritten und letzten Male das Mandat zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Davidowitsch wurde von der Koalition mit der Bildung eines Koalitionskabinetts betraut. Die Radikalen wollen jedoch darauf nicht eingehen; und es hat den Anschein, daß Davidowitsch nicht mehr Erfolg haben wird als Pasitsch.

Wichtige Besprechungen in Washington.

+ Die Regierung Hardings hat drei Botschafter aus europäischen Hauptstädten zur Berichterstattung heimberufen. Botschafter Wood in Madrid reiste bereits in diesen Tagen ab, der Botschafter in Berlin, Houghton, verläßt Dienstag Deutschland von Bremen aus, und in dem englischen Hafen, in dem das Schiff anlegt, wird wahrscheinlich der Botschafter in London, Harvey, zusteigen, um mit Houghton gemeinsam zu der bedeutungsvollen Botschafterkonferenz nach Washington zu reisen. Ueber Richtung und Inhalt dieser Besprechungen beim Staatssekretär und beim Präsidenten Vermutungen anzustellen, wäre allerdings noch verfrüht.

Eine Erholungsreise Bonar Laws.

+ Bonar Law wird in diesen Tagen mit Erlaubnis des Königs eine kleine Seereise antreten, um seine Erholung zu vervollständigen. Er wird vor dem Wiederbeginn der Parlamentssitzungen zurückkehren, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Aerzte. In seiner Abwesenheit wird der Ministerpräsident vom Schatzkanzler Baldwin vertreten werden.

Gerichtliches.

@ **Lebenslängliches Zuchthaus für einen Mutternörder.** Unter der Anklage der Ermordung der Mutter und des Mordversuches an seiner Schwester, die dann aus Angst vor dem Mörder sich selbst aus dem dritten Stock des Hauses auf die Straße stürzte und den Tod fand, hatte sich der Schlosser Roman Müllner vor den Berliner Geschworenen zu verantworten. Der Fall hat schon vor einiger Zeit das Schwurgericht beschäftigt. Die Verhandlung verfiel damals der Vertagung. Die Geschworenen verneinten nach längerer Beratung die Ueberlegung, also Mord, und sprachen den Angeklagten schuldig des Totschlags an der Mutter und des versuchten Totschlags an der Schwester unter Versagung mildernder Umstände. Von der Anklage der Blutschande wurde Müllner freigesprochen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Wahrspruch der Geschworenen zu lebenslänglichem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer. Vor dem Urteilsspruch hatte Müllner erklärt, daß er nochmals verlange, auf sechs Wochen zur Untersuchung seines Geisteszustandes nach Buch gebracht zu werden. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab.

* * *

@ **Berlin.** In dem Prozeß des früheren Vorwärts-Redakteurs Kuttner gegen Dr. Davidsohn, der ihn des Mordes an dem Feldwebel Eichhorn beschuldigt hatte, wurde der Beklagte zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt.

Handelsnachrichten.

Berliner Börsebericht vom 28. April.

Am Devisenmarkt herrschte heute ziemliche Zurückhaltung. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln war im allgemeinen nur gering, und die Ansprüche an die Reichsbank, die voll befriedigt werden konnten, nicht erheblich.

Die Produktenbörse verkehrte in ruhiger Haltung. Roggen war auf Grund andauernder R.-G.-Käufe etwas fester. Die übrigen Artikel lagen zumeist unverändert. Das Angebot der Provinz war nicht bedeutend, jedoch zeigt auch der Handel keine besondere Kauflust. Die Umsatztätigkeit war unbedeutend, im allgemeinen wickelte sich nur reguläres Bedarfsgeschäft ab.

Der Stand der Mark.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	28. 4.	27. 4.	1914
1 holländischer Gulden	11571	11571	1,67 M.
1 belgischer Frank	1741	1730	0,80 „
1 norwegische Krone	5162	5112	1,12 „
1 dänische Krone	5561	5661	1,12 „
1 schwedische Krone	7910	7910	1,12 „
1 italienische Lira	1456	1458	0,80 „
1 englisches Pfund	137256	137156	20,— „
1 Dollar	29725	29725	4,20 „
1 französischer Frank	2019	2009	0,80 „
1 schweizerischer Frank	5401	5386	0,80 „
1 tschechische Krone	882	881	—,— „
100 deutsch-österr. Kronen	41.61	41.54	85,— „

Polennoten wurden mit 62 genannt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Preise für 50 Kilo ab Station: Weizen Märk. 61 500—62 500. Roggen Märk. 51 500 bis 52 000. Sommergerste 47 000—48 000. Hafer Märk. 46 000 bis 47 000. Mais loko Berlin 55 000—56 000. Weizenmehl (100 Kilo) 170 000—180 000. Roggenmehl (100 Kilo) 145 000—150 000. Weizenkleie 28 000—29 000. Roggenkleie 29 000—30 000. Raps 110 000—115 000. Leinsaat 110 000—115 000. Viktoriaerbsen 85 000—88 000. Kleine Speiseerbsen 63 000—68 000. Futtererbsen 50 000—55 000. Peluschken 60 000—65 000. Ackerbohnen 45 000—47 000. Wicken 60 000—67 000. Lupinen blaue 60 000—70 000, gelbe 85 000—95 000. Serradella 130 000—145 000. Rapskuchen 42 000—43 000. Leinkuchen 65 000—70 000. Trockenschnitzel 17 000—18 000. Vollwertige Zuckerschnitzel 25 000 bis 26 000. Kartoffelflocken 26 500—27 500. Torfmelasse Mischung 30-70 17 000—18 000 Mark.

Heu und Stroh.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 18 000—20 000, drahtgepreßtes Haferstroh 15 000—17 000, drahtgepreßtes Gerstestroh 14 500—16 500, Roggenlangstroh 19 500—20 500, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 18 500—19 500, loses Krummstroh 13 500—15 500, Häcksel 22 500—23 500, handelsübliches Heu 16 000—18 000, gutes Heu 19 000 bis 21 000 Mark.

(Die Preise für Produkte einschließlich Heu und Stroh verstehen sich ab Station. Die Preise „ab Hof" sind im Mittel etwa 20 Prozent niedriger.).

Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 472 Ochsen, 825 Bullen, 1466 Kühe und Färsen 2460 Kälber, 3155 Schafe, 4889 Schweine, 90 Ziegen, 20 Memelschweine. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 160—280 000, Bullen 170—250 000, Kühe und Färsen 110—280 000, Fresser 160—180 000, Kälber 140—350 000, Schafe 120—260 000, Schweine 330—380 000 und Sauen 350—370 000 Mark. Der Verlauf des Marktes war bei Rindern ziemlich glatt, bei Schafen und Schweinen glatt.

(Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein. Stallpreise notieren 15 bis 20 v. H. niedriger.).

= **Verschärfte Aufwärtsbewegung des Großhandelsindex.** Der Wiederanstieg der Devisenkurse hat die seit Anfang des Monats beobachtete leichte Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise plötzlich verschärft. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Großhandelsindexziffer von dem 4923fachen des Friedensstandes am 14. April auf das 5738fache oder um 16,5 Proz. am 25. April gestiegen. Von den Hauptgruppen haben in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 3694fachen der Vorkriegspreise auf das 4481fache oder um 21,3 Proz., die Industriestoffe von dem 7221fachen auf das 8089fache oder um 12 Proz. und ferner die Inlandswaren von dem 4568fachen auf das 5141fache oder um 12,5 Proz. und die Einfuhrwaren von dem 6699fachen auf das 8723fache oder um 30,2 Proz. angezogen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119230501-16/fragment/page=0002

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 30. April 1923

— **Durch einen Erlaß des Reichsministers der Finanzen** sind die Finanzämter ermächtigt, den Arbeitslohn, der einer Hilfsorganisation aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug zu befreien. Voraussetzung für die Anwendung dieser Bestimmung ist, daß die Zuwendungen aus dem Arbeitslohn gemacht werden, daß also ein Teil des Arbeitslohnes an die Hilfsorganisation abgeführt wird. Daher muß grundsätzlich dieser Teil des Arbeitslohnes vom Arbeitgeber einbehalten und der Hilfsorganisation unmittelbar zur Verfügung gestellt werden. Eine Verrechnung der in anderer Weise von Arbeitgebern der Ruhrhilfe zugewendeten Beträge bei einer späteren Lohnzahlung ist allgemein nicht angängig; denn es könnte im Einzelfalle nur schwer festgestellt werden, ob die Zuwendung tatsächlich aus Arbeitslohn herrührt, von dem der Steuerabzug bereits vorgenommen worden ist. Außerdem würde ein solches Verfahren auch zu einer erheblichen Belastung der Arbeitgeber führen.

Wollen Arbeitnehmer also die Befreiung ihrer Ruhrspenden vom Steuerabzug erreichen, so ist die einzig zweckmäßige Form der Zuwendung die durch Vermittlung des Arbeitgebers bei der Lohnzahlung. Sollten aber Arbeitnehmer behaupten, daß sie Teile ihres Arbeitslohnes einmal selbst überwiesen haben, so kann ausnahmsweise die Verrechnung bei einer späteren Lohnzahlung erfolgen, wenn die Zuwendung zweifelsfrei nachgewiesen wird und der Arbeitgeber diesem Verfahren zustimmt.

‡ **Die Maifeier**, die Begrüßung des Junkers Mai durch Gesang, Spiel und frohen Tanz, ist uralt und reicht in Deutschland weit in die vorzivilisatorische Zeit hinein. Die Jugend übte sich im Laufen, Springen, die jungen Krieger im Speerwerfen, Fechten, Steinwerfen, im Sprung über sieben Pferde, und den Abschluß bildete ein Reigen. Der Reigen bildete das Hauptstück bei den Maifesten auf dem städtischen Anger während des ganzen Mittelalters. Berühmt waren die Maifeste an den Fürstenhöfen, besonders das Reichsfest Kaiser Barbarossas in Mainz, das Jahrhunderte hindurch in der Erinnerung fortlebte. In der neueren Zeit wurden die Maifeste vielfach mit den Schützenfesten vereinigt, die zu Pfingsten oder im frühen Sommer abgehalten werden.

‡ **Monat Mai steht vor der Tür**, er bittet um Einlaß und scheint frühlingsmäßige Wärme mitbringen zu wollen. Wenn die Kinder singen: „Komm, lieber Mai, und mache die Bäume wieder grün und laß uns an dem Bache die blauen Veilchen blüh'n," so kommen diese Reime ja etwas hinterher. Es ist schon grün und wir haben unsere Freude daran, wie sich die Blütenpracht entwickelt. Der Mai ist kein ganz zuverlässiger Bursche, obgleich er mit allerlei schmückenden Beiworten versehen wird. Es gibt nicht nur in den kalten Tagen vom 11.—13. Mai Reif und Nachtfröste, diese unerfreulichen Erscheinungen können sich auch noch bis zum 20. Mai hinziehen. Himmelfahrt und Pfingsten werden uns im Mai begrüßen, an frohen Wandertagen wird es also nicht fehlen. Gaben des Mai sind außer dem Spargel die ersten Gartenfrüchte, und die freie Natur beschert uns die Maikäfer, für die mehrfach ein Flugjahr angekündigt worden ist. Die Jugend kann sich also im Einsangen nützlich machen.

= **Reallohn statt Papierlohn.** Die Kohlenarbeiter im Ruhrgebiet sind mit Ansprüchen auf eine neuerliche Lohnerhöhung hervorgetreten. Da diese Lohnerhöhung ein Anziehen der Kohlenpreise und eine allgemeine Steigerung der Produktionskosten hervorrufen würde, glaubt man im Reichswirtschaftsministerium, eine Lösung dergestalt gefunden zu haben, daß man den Arbeitern billige Textilstoffe überläßt. Zu diesem Zweck fand eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels statt. Man verlangte, daß von der Textilindustrie ein Preisnachlaß von 25 Proz. und so durch alle Gruppen hindurch Preisnachlässe gewährt werden. Für die Verteilung der Textilien kämen die im Ruhrgebiet selbst befindlichen Lägern in Betracht. Die Verteilung selbst soll durch die Kommunen geschehen. Diese Absicht der Regierung hat, soweit die Art der Verteilung in Betracht kommt, in den Kreisen des Einzelhandels starken Widerspruch hervorgerufen, weil sich der Einzelhandel übergangen fühlt.

— **Für das XIII. Deutsche Turnfest in München** sind bereits 100 000 Festkarten gelöst. Wenn auch heute andere Verhältnisse wie beim Turnfest in Nürnberg, Frankfurt und Leipzig bestehen, werden aber die nötigen Quartiere beschafft, d. h. wer sich rechtzeitig gemeldet hat, oder bis spätestens 1. Juni sich meldet. Kann man sich erst später zur Meldung entschließen, dann wird der Wohnungsausschuß sich alle erdenkliche Mühe geben, aber eine Gewähr ist dann begreiflicherweise kaum möglich. Eine entsprechende Entschädigung ist den Gastgebern zugesichert; kostet doch das Waschen der Bettwäsche allein etwa 1500 Mk. Die zahlreichen Gasthöfe Münchens die auf Riesenmengen von Fremden stets eingestellt sind, gewähren außer Bürgerquartieren Unterkunft. Für tausend Mark den Tag ist dem Bezieher des Massenquartiers ein Unterkommen gesichert. Das macht für die Dauer des Festes 6000 Mk. Diese müssen von jedem Besteller recht bald eingezahlt werden. Er erhält eine Karte vom Wohnungsausschuß mit Vordruck, auf der alles verzeichnet steht, wo er sein Haupt hinbettet. (Bezeichnung des Quartiers, Straßenbahnlinie usw). Bei Anmeldung zu Bürger- und Gasthofquartieren ist es ähnlich. Auch hier werden 6000 Mark als Voranzahlung eingesandt. Ein kleiner Betrag geht für Verwaltung ab. Der Rest kommt bei der Begleichung der Rechnung mit dem Quartiergeber in Anrechnung, worauf die Wohnungskarte zugestellt wird. Für Bürgerquartiere ist nach jetziger Schätzung 1500—2500 Mk., für Gasthausquartier 2500—3500 Mk., für Hotelquartier 1500—10000 Mark für den Tag zu zahlen. Ueber die Fahrt nach München aus dem XIII. Deutschen Turnfreise ist soviel mitgeteilt, etwa 6000 angemeldet sind. Es sollen 6 Sonderzüge nach München beantragt werden. Diese sollen in der Zeit vom Freitag den 13. Juli abends 6 Uhr bis Sonnabend den 14 Juli früh 6 Uhr von Halle, Erfurt und Eisenach abgelassen werden, um nach $8^1/_2$ stündiger Fahrt über Gera, Arnstadt, Saalfeld, Lichtenfels geleitet zu werden. Die Veröffentlichung der Fahrpläne und Fahrpreisvergünstigungen, die in derselben Weise beansprucht werden soll, wie sie dem Arbeiterturnerbund und den Sportvereinigungen zustanden wurde, wird mindestens 14 Tage vor dem Feste bekannt gegeben werden. Weitere Mitteilungen werden wir bringen.

Eisenberg, 27. April. Wegen Lohnstreitigkeiten sind die Arbeiter der Göhener Tonwerke, der Kaempfeschen Schamottefabrik und der Randbahnwerke in den Ausstand getreten.

Erfurt, 27. April. In der Mehlangelegenheit des Magistrats der Stadt Erfurt ist jetzt das Hauptverfahren eröffnet worden. Angeklagt sind der Stadtrat Ludwig Wehmeyer, der Getreidehändler Georg Wächter und der Stadtrat Richard Friedrich in Erfurt. Unter den geladenen Zeugen befindet sich Oberbürgermeister Dr. Mann. Die Verhandlung findet Mitte Mai statt.

Cöthen. Die Elektrisierung der Bahnstrecke Halle—Cöthen—Magdeburg soll einer Anordnung des Reichsverkehrsministeriums zufolge alsbald in Angriff genommen werden. Die Vorarbeiten sind schon seit einiger Zeit im Gange und so weit gefördert, daß die Errichtung des Bahnhofs hier in Cöthen schon am 1. Mai erfolgen kann. Die praktischen Arbeiten werden dann im Laufe des nächsten Monats beginnen. Die Oberleitung hat die Reichsbahndirektion Magdeburg. Die Stromzuleitung erfolgt auf mehreren Wegen vom Großkraftwerk Muldenstein, das dadurch wesentlich betriebsrentabler geworden ist als bisher. Ein Unterkraftwerk wird hier im Südosten der Stadt errichtet. Die Arbeiten sollen nach Möglichkeit gefördert werden, so daß die Inbetriebnahme des ganzen Werkes spätestens in $2^1/_2$ Jahren erfolgen kann.

Burg. In Burg gelang es der Kriminalpolizei, den berüchtigten Ein- und Ausbrecher Michael Barell festzunehmen den 30 Einbrüche zur Last gelegt werden.

Sondershausen. Im Mai findet vor der Strafkammer zu Sondershausen ein Strafprozeß statt, der weitestes Interesse für sich in Anspruch nehmen darf. Angeklagt sind der Hofsekretär Hermann Topf aus Sondershausen, der Goldschmied Friedrich Wiegleb und dessen Sohn, Kaufmann O. Wiegleb aus Nordhausen, der Kautabakfabrikant Gotthard Konrad aus Nordhausen, der Kaufmann und Edelmetallhändler Heinrich Trapp und der Edelmetallaufkäufer O. Schönbrodt aus Berlin, der Restaurateur Alfred Schumann aus Berlin und Frau Auguste Topf aus Sondershausen. Am 25. Oktober 1922 sind aus dem fürstlichen Schlosse in Sondershausen 109 silberne Teller, 25 silberne Schüsseln und 24 vergoldete Kaffeelöffel gestohlen worden. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, den Diebstahl ausgeführt zu haben, bezw. das Stehlgut an sich gebracht zu haben.

Plauen i. V., Nach Beendigung der heutigen Nachrennen ereignete sich ein bedauerlicher Automobilunfall, dessen Folgen jetzt noch nicht abzusehen sind. Ein geschlossenes Privatauto, das eine Anzahl von Besuchern des Rennens nach der Stadt zurückbefördern sollte, fuhr unweit des Sportplatzes durch einen unglücklichen Zufall gegen einen Straßenbaum, schlug um und wurde schwer beschädigt. Die Insassen, drei Frauen, ein Mann und zwei Kinder, wurden herausgeschleudert und lebensklich verletzt, daß sie sämtlich im Krankenhause und in Kliniken untergebracht werden mußten.

Erhöhung des Druckpapierpreises.
Neue Belastung des Zeitungsgewerbes.

Nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Papierfabrikanten und der Zeitungsverleger im Reichswirtschaftsministerium über den Papierpreis für Monat Mai hat das Reichswirtschaftsministerium einer Erhöhung des Papierpreises auf 1550 Mark pro Kilogramm zugestimmt, worauf eine noch nicht festnormierte Rückvergütung von 150 bis 180 Mark anzurechnen ist. Es muß abgewartet werden, wie die Papierfabrikanten diese Preiserhöhung für Druckpapier der dem Zeitungs- und Buchdruckgewerbe neue Lasten aufbürden, begründet werden.

Allerlei aus aller Welt.

* **Von einer Transmissionswelle getötet.** In der Schokoladenfabrik von Karl u. Schmal in Erfurt geriet ein 17jähriger Installateurgehilfe beim Ausbessern einer Stromleitung in die Transmissionswelle. Der Körper des Unglücklichen, der gräßlich zugerichtet wurde, hing derart im Getriebe fest, daß man die Kleider zerschneiden mußte, um die Leiche herausziehen.

* **Eine Schweinewucherei.** Der Viehhändler Friedrich Kleinberg aus Bielsendorf bei Bielefeld verkaufte auf dem Bielefelder Viehmarkt Ferkel zu Wucherpreisen. Für ein 12 Pfund schweres Tier nahm er 112 000 Mark. Von der Wucherpolizei wurden sämtliche Ferkel beschlagnahmt und zu angemessenen Preisen von 4000 M. pro Pfund an die Bevölkerung verkauft.

* **Selbstmord eines Pfarrers.** In Hohennauen bei Rathenow erschoß sich aus bisher unbekannten Gründen in seiner Dienstwohnung der evangelische Pfarrer Pastor Müller.

* **Autounfall des Essener Polizeipräsidenten.** Ein von einem Holländer gesteuerter Kraftwagen fuhr in schnellstem Tempo auf einen von entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen, in welchem sich der Polizeipräsident von Essen befand. Bei dem Zusammenprall der Automobile wurde der letztere Wagen stark beschädigt. Der Polizeipräsident erhielt eine schwere Quetschung des linken Beines. Die übrigen Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

* **Ein außerordentlich frecher Einbruch** wurde am Freitag nachmittag in ein Juweliergeschäft in der Petersstraße, der belebtesten Straße des Leipziger Geschäftsviertels, ausgeführt. Diebe drangen während der Mittagspause vom Hausflur in den Verkaufsraum durch Aufbrechen einer Tür ein und räumten u. a. auch die im Schaufenster ausgestellten Juwelen und Schmucksachen mit so großer Schnelligkeit aus, daß selbst von den zahlreichen Passanten nichts bemerkt worden ist. Die den Dieben in die Hände gefallene Beute ist ganz enorm. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Leipzig, 30. April. Die Juwelierfirma L. A. Gündel in der Petersstraße hat durch einen in ihren Geschäftsräumen verübten dreisten Einbruchdiebstahl einen Schaden von 72,6 Millionen Mark erlitten. Auf die Ermittlung der Täter hat die geschädigte Firma 1 Million Mark und auf Wiedererlangung der gestohlenen Schmucksachen 10 Prozent vom Werte des Wiedererlangten als Belohnung ausgesetzt.

Erhöhung des Brotpreises in Wien und Berlin.

Infolge der Erhöhung der Arbeitslöhne muß in Wien wiederum der Brotpreis erhöht werden. Von der nächsten Woche an wird der Laib Brot von 1260 Gramm 6780 Kronen, die gewöhnliche Semmel 420 Kronen kosten. Der Straßenbahntarif ist auf 1700 Kronen für die einfache Fahrt erhöht worden. — Wie der Zweckverband der Berliner Bäckermeister mitteilt, zwingt die Verteuerung des Mehles diesen, eine Erhöhung der markenfreien Gebäcke zu veranlassen. Es kosten ab 30. April Brot 2000 Mark, Schrippen 80 Mark.

* **Selbstmord einer Kokain-Schmuggelerin.** Im Zuge Wien—Triest fanden italienische Zollbeamte der Station Adelsberg in einem Handkoffer einer Reisenden, der einen zweiten Boden hatte, ein Kilogramm Kokain, das von Oesterreich nach Italien hätte geschmuggelt werden sollen. Die Besitzerin des Koffers, eine 22jährige Frau aus Görz, deren oftmaliges Ueberschreiten der Grenze von den Zollbeamten beobachtet worden war, wurde verhaftet, um nach Triest gebracht zu werden. Als der Zug langsam in die Station Barcola einfuhr, öffnete die Verhaftete plötzlich das Fenster und stürzte sich aus dem Waggon. Sie fiel kopfüber, wurde einige Meter fortgerissen und fand den Tod.

Ein frecher Einbruch und seine Aufklärung.

Eine überraschende Aufklärung hat ein verwegener Einbruch gefunden, der vor längerer Zeit im Osten Berlins in der Schönhauser Straße verübt worden ist. Dort fuhr eines Morgens vor dem Möbellager von Rubin eine ganze Kolonne vor, schloß den Laden auf und lud vor den Augen vieler Passanten eine kostbare Wohnungseinrichtung auf. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Einbruch aufzuklären und 12 Mann als Täter und Hehler zu verhaften. Einer der Haupteinbrecher, ein gewisser Otto Messerschmidt, stürzte sich, als er sich überführt sah, im Untersuchungsgefängnis von der Treppe und starb bald darauf an seinen Verletzungen. Sein Haupthelfershelfer, ein gewisser Pommerenke, ist noch flüchtig. Die beiden Einbrecher standen mit einem Kaufmanne in Verbindung, der ihr ständiger Abnehmer war. Sie hatten unter dem Personal Rubins Mithelfer. Nach Vereinbarung mit diesen erschien der Kaufmann eines Tages auf dem Möbellager und suchte sich die Sachen, die er gerade gebrauchen konnte, aus. Diese sollten gestohlen werden und wurden zu diesem Zwecke besonders gezeichnet. Am verabredeten Tage erschien dann die Kolonne und brachte die Beute weg. Als der Kaufmann der Bezahlung der Möbel nicht pünktlich war, kam es zwischen den Dieben und dem Hehler wiederholt zu heftigen Auftritten, sogar mit geladener Pistole. Dadurch wurde das heimliche Geschäft ruchbar und es kam zur Kenntnis der Polizei. Die Bande hat auch noch verschiedene andere große Diebstähle auf dem Kerbholze. Von den Rubinschen Sachen war der größte Teil bereits verkauft. Sie waren vielfach zu einem Galizier gewandert, der mit dem gestohlenen Gute einen schwungvollen Handel nach dem Auslande betrieb. Der Galizier kam, wie inzwischen festgestellt werden konnte, mit 600 Mark nach Berlin, um einen Produktenhandel zu betreiben. Heute hat er ein Bankdepot von etwa 20 Millionen Mark!

Zur Lage.

Bayern und der 1. Mai.

München, 29. April. Die Meldungen über bevorstehende Unruhen am 1. Mai beruhen zunächst nur auf reinen Kombinationen und sind zum Teil auf die Vorkommnisse der letzten Tage sowie auf das Verbot des am 1. Mai von den Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten geplanten Massenzuges zur Theresienwiese zurückzuführen. Die Regierung hatte anfangs nur das Mitführen von Sowjetfahnen und das Auftreten bewaffneter Gruppen verboten. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Kommunisten beschlossen haben, trotzdem mit Sowjetfahn n und ihrer roten Wehr sich am Zuge zu beteiligen. Infolgedessen und wegen der Vorkommnisse der letzten Tage wurde der Messenfestzug verboten.

Dagegen wurde den Gewerkschaften wie früher gestattet, von ihren Parteilokalen aus in kleineren Gruppen zur Theresienwiese zu ziehen. Das Verbot hat unter den Sozialisten große Erregung hervorgerufen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten unter Berufung auf das nationalistische Verhalten während des Ausnahmezustandes sich um dies s Verbot zunächst nicht kümmern, und daß dadurch nicht vorauszusehende Folgen entstehen.

Der Stapellauf des neuen Hapag-Dampfers „Deutschland".

Bei dem Stapellauf des neuen Dampfers „Deutschland" der Hamburg-Amerika-Linie am Sonnabend in Hamburg, hat Reichspräsident Ebert in seiner Taufrede u. a. folgendes ausgeführt: „Dies neue Schiff soll den Namen führen, der uns allen am höchsten steht: es soll Deutschland heißen und an seinem Bug das Wort über die Weltmeere tragen, das all unsere Liebe, unsere Sorge und unsere Hoffnung in sich schließt. Möge ihm stets glückliche und gute Fahrt beschieden sein! Uns allen aber, unserem in aller Not und Bedrückung doppelt teuren Vaterland, unserem in opferfreudiger Entsagung und heldenmütiger Geduld leidenden Volke gelte der gleiche Wunsch unserer Herzen in dieser Stunde, möge auch ihm bald wieder die freie Entfaltung seiner Kräfte in Arbeit und Frieden beschieden sein. Mit dem heißen Wunsche gebe ich Dir, du jüngstes Kind der deutschen Handelsflotte Deinen Namen und das Geleit mit dem Rufe: Glückhafte Fahrt, Deutschland!"

Schweres Unglück bei einem englischen Fußballwettkampf. London, 29. April. Bei einem Fußballwettkampf in Wembley bei London kam es zu furchtbaren Szenen. 200 000 Menschen versuchten, sich gewaltsam Zutritt zu den Zuschauerplätzen zu verschaffen. 900 Personen wurden dabei verletzt, davon 500 schwer. Unter den Opfern befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119230501-16/fragment/page=0003

Die für die Zeit vom 23. bis 29. April d. Js. ausgegebenen Brotmarken mit dem schwarz aufgedruckten „G“ verlieren am 29. April ihre Gültigkeit.

Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Marken nicht mehr annehmen.

Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens Dienstag, den 1. Mai bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Die Bäcker und Mehlhändler werden ausdrücklich darauf hingewiesen, verfallene Marken nicht mehr anzunehmen, da hierfür Mehl nicht mehr verausgabt wird.

Weißenfels, den 27. April 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Nr. 22 Getreide- und Mehlstelle.

Auf Grund der Verfügung des Herrn fM. d. J. vom 12. März d. Js. betr. Verwaltungsgebühren für kommunale Kohlenstellen hat der Kreisausschuß, zur Deckung der Kosten für den Druck der Formulare rc., beschlossen vom 1. Mai d. J. ab für die Ausfertigung der Kohlenbezugsscheine eine Gebühr von Mk. 3.— pro Ztr. Kohle zu erheben. Diese Gebühr ist entweder bei Ausfertigung des Antragsformulars oder am Ende eines jeden Monats auf Anforderung **an die Ortsbehörden** zu zahlen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Landabladt-Kohlenscheine nur ausgefertigt werden, wenn das vorgeschriebene bei der Ortsbehörde erhältliche Antragsformular ordnungsmäßig ausgefüllt vorgelegt werden kann.

Weißenfels, den 23. April 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Kohlenstelle.

Nachlaßversteigerung.

Am **Freitag, den 4. Mai** d. Js. nachmittags 5 Uhr sollen im hiesigen Krankenhause einige

Möbel- und Kleidungsstücke

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Teuchern, den 26. April 1923.

Der Magistrat. Schilken.

Mittwoch, den 2. Mai

Ausfahrt nach Theißen.

Abfahrt 7 Uhr (Schirmer).

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos

Kukirol in viel Millionen Fällen glänzend bewährt. In Apoth. u. Drog. erhältlich. Gegen Hühneraugen, Fußschweiß u. Wundlaufen Kukirol-Fußbad.

Drogerie **Curt Eitze,** Oberstr. 5.

Hackmaschinen

bis 3 Meter breit

sofort zu **günstigen Preisen** ab Lager.

Gr. Lager sämtl. Maschinen u. Geräte.

Reparaturen aller Art.

Hildebrandt u. Jochsch, Zeitz.

Fahrräder

bester Marken.

Damen- und Herrenfahrräder, Halbrenner und Renner.

— Große Auswahl zu billigsten Preisen. —

Dimke & Herrmann
Weissenfels a. S.

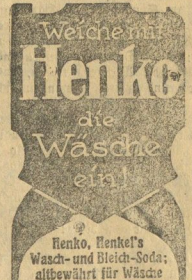
Große Burgstraße 1. Am Markt.

Größtes Fahrradspezialhaus u. Reparaturwerkstatt am Platze. Tel. 528 Tel. 528

Kleiderschrank

zu verkaufen.

Neuestraße 26.



Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; altbewährt für Wäsche und Hausputz.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.

Schützenverein Teuchern.

Mittwoch, den 2. Mai
abends 8½ Uhr
in der Schützenloge

Monatsversammlung

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Zwei

Dienstmädchen

nach Leipzig gesucht.
Lohn 5—6 Tausend Mark pro Woche.
Zu erfragen bei
Runsch.
Zeitzerstraße.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung. Nur 2 Tage.

Dienstag, d. 1. u. Mittwoch, d. 2. Mai

Wiederum steht ein erstklassiges Programm auf dem Spielplan.

Der schwarze Harlekin

Der beliebte **Eddi Polo** in seinen 2 Altern-Abenteuern.

Sein Gelübde

Ferner der große Lustspiel-Held **Fatty**

Fatty als Held.

Vorführung 6 und 9 Uhr.

Grüner Baum, Teuchern.

Maifeier-Ball.

Anfang 5 Uhr.

Gasthof Gröben.

Sonntag, den 6 Mai von 4 Uhr an

grosser Schützenball.

Es laden ergebenst ein
der Wirt, **der Schützenverein.**

Drucksachen

jeder Art
fertigt geschmackvoll und billig
an
Buchdruckerei
Otto Lieferenz, Teuchern.

Junges

Mädchen

findet sofort Stellung bei
Carl Müller
„Grüner Baum“.
Teuchern.

Ostermädchen

oder Aufwartung, für Vormittag gesucht. Auskunft in der Geschst. d. Bl.

Ehrliches, junges

Mädchen

für sofort oder später gesucht.
Zeitzerstr. 37.

Eine

Mandolinen-Zither

zu verkaufen. Zu erfr. in der Geschst. d. Bl.

Sonntag ist eine grau-weiße

Taube

zugeflogen.
Gegen Erstattung der Unkosten zurück zugeben.
R. Wagenbrett,
Runthal Nr. 13.

Am Mittwoch, d. 25. 4. wurde auf dem Wege vom Kino bis Schortauerstr. eine

Geldscheintasche

mit Inhalt und **goldenen Kettchen**

verloren. Gegen Belohnung abzugeben in d. Expd. d. Bl.

Kein Husten mehr!

Dr. Butlebs echter Fenchelhonig wirkt Wunder. Zu haben bei **Curt Eitze,** Drogerie.

Kreisarbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.
Geschäftszeit werktäglich von 8½—1 Uhr.

Gesucht werden:

Ostermädchen, Mägde verschiedenen Alters, Häuer, 1 Bäckerlehrling.

Stellen suchen:

1 Klempner- od. Schmiedelehrl. Knechte verschiedenen Alters, Schlosser, Schmiede, Tischler, Zimmerleute, Maurer, 1 Sattlergehilfe, Arbeiterinnen.

Biete an

verschiedene Artikel für Büro und Geschäft:

Stratzen,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Schreibblocks,
Notizblocks,
Notizbücher,
kar. u. lin. Geschäftspapiere,
Kanzleipapiere,
Postkarten,
Zahlkarten,
Prima-Wechsel,
Ordner,
Schnellhefter,
Register zu Ordnern,
Locher,
Büroklammern,
Reißzwecken usw.

Rudolf Lieferenz.

Achtung. Achtung.

Weisse Wand Teuchern.

Montag, den 7. Mai nachmittags 5 Uhr und 7 Uhr abends läuft der Film:

Internationale Arbeiterhilfe

Der Reinertrag soll zu Gunsten der deutschen Waisen des Kinderheims in Smolinow (Sowjetrussland) verwendet werden. Es wird jeden Arbeiter Gelegenheit geboten, sich diesen Aufklärungsfilm anzusehen. Der Eintrittspreis, wie ihn das Kino vorgeschrieben hat. Darum Arbeiter, Bürger von Stadt und Land, versäumen Sie nicht, sich diesen Film anzusehen.

Der Ortsausschuss für Bildungszwecke.

Für die

landwirtschl. Buchführung

liefere alle Arten **Bücher** von
Dr. H. Schmidt, L. Lanz, Dr. M. Seifert und Fricke.

R. Lieferenz,
Papierhandlung.

Haben Sie etwas zu verkaufen?

Dann müssen Sie dafür Sorge tragen, daß das konsumierende Publikum davon unterrichtet ist, daß Sie die betreffenden Waren stets auf Lager haben. Dieses können Sie am best- und billigsten durch eine Veröffentlichung im **Wöchentlichen Anzeiger** bewerkstelligen, denn ein

Inserat ist das beste Werbemittel.

Auch die kleinste Anzeige bringt Ihnen Erfolg!

Führe wieder am Lager:

Schreibhefte alle Nr.
Zeichenblocks,
Schiefertafeln,
Buntstifte,
Farbkästen,
einz. Schulfarben,
Bleistifte alle Nr,
Tinten alle Farben auch lose,
Tuschen,
Zirkel f. Schule,
Federhalter,
Umsteckfederhalter,
usw.

Rudolf Lieferenz,
Schreibwarenhdl.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes sagen wir allen herzlichen Dank. Dank seinen Mitarbeitern der Uhrgläserwerke für die Kranz- u. Geldspende und der Jugend zu Gröben für den schönen Nachruf und die Spende. Dank auch dem Gesangverein und allen Freunden und Bekannten für die Geld- und Kranzgaben.

Die trauernden Eltern.
Fam. Reinh. Zetzsche
Gröben.

Nachruf

für unsern lieben Bruder und Schwager

Emil Zetzsche.

In des Lebens schönstem Glanze
Nahte sich der bittre Tod,
Und es welkte gleich dem Kranze
Deiner Wangen Rosenrot.

Nach langer Krankheit, schwerem Leiden,
Schliefst Du, Bruder u. Schwager, ruhig ein.
Du junges Blut, Du musstest scheiden,
Ach musst es denn so früh schon sein.

So schlaf nun sanft in kühlem Grab gebettet,
Dein liebes Bild verklärt im Licht wir sehn.
Ruh' sanft von allem ird'schen Leid geschieden,
Nun still in Gottes sel'gen Frieden.

Gewidmet von
Kurt Franke und Braut, Gröben.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119230501-16/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 100.— M., Reklamezeile 200.— M.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10. bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Boten [illegible] 1170.00 Mk. von unseren Boten [illegible] 1200.00 [illegible]
Einzel-Nummer 120.00 Mk

Vierteljährliche und monatliche Bezüger [illegible] der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 50 | Dienstag, den 1. Mai 1923 | 62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Der Reichskanzler hat die Ministerpräsidenten der Länder und die Staatspräsidenten für Montag nachmittag 3 Uhr zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage nach Berlin einberufen.

— Der erste Vizepräsident des Preußischen Landtages, Geh. Justizrat Dr. Felix Porsch, Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Vorsitzender der preußischen Zentrumsfraktion und -Partei, feiert am 30. April seinen 60. Geburtstag.

— In Gleiwitz haben die Ermittlungen der politischen Partei zur Aufdeckung einer weitverzweigten kommunistischen Verschwörung geführt.

— In London wird offiziell bekannt gegeben, daß Bonar Law sich mehrere Wochen zur Erholung „nach einem unbekannten Ort" begeben werde.

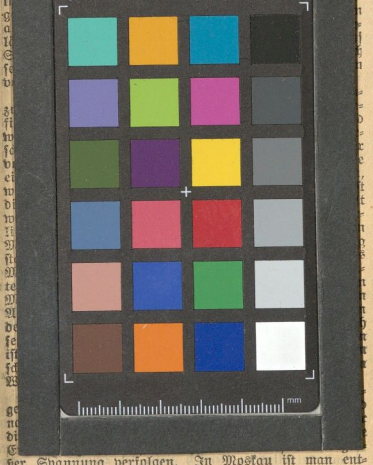
— Das Hauptquartier der irischen Aufständischen hat die Einstellung der Operationen vom 30. April ab angeordnet.

— Der österreichisch-italienische Handelsvertrag ist in Rom unterzeichnet worden.

Die orientalische Frage.

General Weygand, der gerade in dem Augenblick als französischer Oberkommissar nach Syrien entsandt worden ist, in dem die Orient-Konferenz in Lausanne ihre Arbeiten wieder begann, gilt vielen Leuten in London als ein Sturmvogel. Es ist noch nicht vorauszusehen, wie sich die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Vorder-Asien entwickeln werden, aber man erinnert sich unwillkürlich an die Betrachtungen, die schon seit Jahren über die Angelegenheiten des Ostens laut wurden. Es hieß dann, wenn es Frühling wird, gehen im Balkan die Gewehre los, und diese Erwartungen sind oft eingetroffen.

Die Beilegung des Konfliktes zwischen Griechen und Türken ist im Vorjahre auf der Konferenz von Lausanne noch nicht vollständig erfolgt, die Verhand-



ser Spannung verfolgen. In Moskau ist man entschlossen, die Türken nicht den Engländern und Franzosen zu überliefern, natürlich nicht der Türken wegen, sondern der eigenen Zukunftshoffnungen wegen, über die allerdings noch Jahre vergehen können. Denn in Bezug auf die Orientpolitik ist die Haltung der Moskauer Bolschewisten keine andere, als die der ehemaligen Zaren in Petersburg.

Den Engländern waren früher diese asiatischen Angelegenheiten wichtiger, als die deutschen Reparationsangelegenheiten, denn sie waren eng verknüpft mit dem sicheren britischen Besitz von Indien. Die französischen Wünsche erstreckten sich besonders auf Syrien, denn für die dort lebenden Christen galt Frankreich schon seit einem Jahrhundert als historische Schutzmacht. In London wie in Paris weiß man aber genau, wie leicht sich die Interessen kreuzen und daraus Konflikte entstehen können. Deshalb wurden auch die Ereignisse des Vorjahres auf beiden Seiten mit hohem Mißtrauen verfolgt.

Wie weit sich die Anschauungen über das, was der eigene Nutzen gebietet, im Laufe des Winters geändert haben, wird sich bald genug herausstellen. Die Franzosen sind durch die Ruhraktion reichlich in Anspruch genommen, und den Briten erscheinen die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten in Westeuropa heute auch wohl wichtiger, als die Dinge im nahen Orient.

Die Mission des Generals ist deshalb als so bedeutsam erachtet worden, weil Weygand als der beste Schüler und der hervorragendste Gehilfe des Marschalls Foch betrachtet wird. Er hat 1921 bei Warschau die Polen kommandiert und die russische Bolschewistenarmee, die bis zur Weichsel vorgedrungen war, geschlagen. An Lust, sich neuen militärischen Ruhm zu erwerben, wird es ihm wohl nicht fehlen. Wenn aus dem Willen eine Tat wird, wird die Rückwirkung auf die ausländischen Zustände nicht fehlen.

Das deutsche Angebot.

Entscheidende Kabinettssitzung.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, findet am Montag nachmittags 3 Uhr eine Kabinettssitzung der Reichsregierung statt, an der sämtliche Ministerpräsidenten der Länder teilnehmen werden. Die Kabinettssitzung wird sich mit der Frage des deutschen Angebots beschäftigen.

Die Furcht vor dem englischen „Schiedsrichter".

Noch kennt zwar niemand das „deutsche Angebot", von dem man seit der Curzon-Rede so viel spricht, aber in Paris mißbilligt man es schon. So schreibt Pertinax im „Echo de Paris":

Die Minister des Reiches werden sich hüten, in ihren Vorschlägen eine bestimmte Ziffer anzugeben. Vielleicht verzeichnen sie ein Mindestangebot von ungefähr 20 Milliarden Goldmark, aber im übrigen werden sie für die Ausgabe einer Reihe von internationalen Anleihen eintreten und die Notwendigkeit nachzuweisen versuchen, daß die Leiter der großen Finanzmärkte in London und New York mit der Festsetzung der endgültigen Beträge zu beauftragen seien. Außerdem müssen dem deutschen Standpunkt zufolge Frankreich und Belgien sich wahrscheinlich ihre Pfänder aus der Hand nehmen lassen. Pertinax fährt fort: Die französische Regierung kann natürlich auf der Grundlage eines solchen Planes sich nicht in die geringsten Diskussionen einlassen und die Antwort, welche nach Berlin abgeht, wird darüber keinen Zweifel lassen.

Weiter wird dann ausgeführt, daß die Deutschen dies sehr gut wüßten und daß sie ihre Hoffnungen nur auf England richten, das als unparteiischer Schiedsrichter auftreten solle. Davor aber haben die Franzosen offenbar Angst: denn Pertinax beschwört England, daß es sich in dieser entscheidenden Stunde als Verbündeter zeigen solle. Pertinax scheint sich dabei gar nicht bewußt zu sein, ein wie hartes Urteil er mit diesem Appell über die französischen Ansprüche fällt. Denn wenn sie gerecht wären, so brauchte er den Spruch eines unparteiischen Schiedsrichters nicht zu fürchten.

Poincarés Sabotage.

Aber Frankreich will auch gar kein annehmbares deutsches Angebot. Poincaré hat deshalb schon für alle Fälle vorgebeugt, indem er offiziös erklären ließ, daß, wenn Herr Cuno diskutierbare Vorschläge machen wolle, die französische Regierung fest entschlossen sei, die Waffenstreckung des Reiches als erste Bedingung zu verlangen. Diese Sabotage jeder Lösung der Reparationsfrage durch Poincaré geht selbst einzelnen Pariser Blättern zu weit. So schreibt „Oeuvre":

Diese Entschließung bleibe zwar gerechtfertigt, aber es sei immerhin merkwürdig, daß Poincaré im entscheidenden Augenblick, wo Deutschland von Lord Curzon angetrieben, die ersten Vorschläge machen wolle, diese Bedingung in dieser merkwürdigen Art zum Ausdruck gebracht habe. Seit der Ruhrbesetzung haben die französische und belgische Regierung verschiedene Konferenzen abgehalten, doch niemals stellten sie diese Bedingung auf. Außerdem lasse auch nichts darauf schließen, daß Poincaré die belgische Regierung in dieser Hinsicht befragt habe. Es sei doppelt beunruhigend, da es niemand ein Geheimnis ist, daß die belgischen und französischen Sachverständigen ihre Arbeiten zur Ausarbeitung eines Reparationsplanes noch nicht aufgenommen habe. Und, so fährt das Blatt fort, es ist sehr leicht möglich, daß die belgische Regierung sich mit diesem neuen Schritt Poincarés recht unzufrieden zeigen könnte.

Die Verkehrssperre.

Einführung der Passierscheinpflicht.

Wie schon angekündigt wurde, hat jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, daß der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland in Zukunft nur für Personen erlaubt ist, die einen von den alliierten Behörden ausgestellten Passierschein besitzen.

Diese Verordnung dürfte vorläufig nur auf dem Papier stehen; denn da es sich bei dieser theoretischen „Grenzziehung" um eine Linie von vielen hundert Kilometern handelt, die jetzt noch einen Wechselverkehr von hunderttausend Personen täglich sieht, so wären ungezählte Paßstellen nötig, um eine wirksame Kontrolle auszuüben. Derartig einschneidende Maßnahmen wirken also mehr auf das Pariser Publikum als auf die Nächtbeteiligten: selbst die jüngste Kohlenverordnung, die den Verkehr mit Kohlen vom Passierschein abhängig macht, läßt sich mangels ausreichender Kontrollmöglichkeiten bisher so gut wie nirgends verwirklichen.

Einstellung des Kraftwagenverkehrs.

Mehr Erfolg hatten die Franzosen mit einer anderen Maßnahme, nämlich mit der Kraftwagenkontrolle. Allerdings ist auch hier der Erfolg nicht der, den man vielleicht erwartet hatte. Die Verordnung der Rheinlandkommission über den Personen- und Lastkraftwagenverkehr im altbesetzten Gebiet wird von der Reichsregierung nicht als rechtsgültig anerkannt. Sie hat deshalb sowohl der Post als auch den Privatunternehmern untersagt, die durch die Verordnung vorgeschriebene französische oder belgische Genehmigung nachzusuchen. Der Kraftwagenverkehr, der sich als Ersatz für die stillgelegte Eisenbahn im besetzten Gebiet in der letzten Zeit erfreulich entwickelt hatte, wird deshalb zum 1. Mai im französisch und belgisch besetzten Gebiet in vollem Umfange eingestellt. In der Rheinpfalz wird der Verkehr der Post-Autolinien auf Anordnung des pfälzischen Delegierten der Rheinlandkommission bereits am 28. April um Mitternacht eingestellt.

Uebrigens wird die Kraftwagenkontrolle französischerseits als eine Abwehrmaßnahme gegen angebliche deutsche Geheimorganisationen erklärt. Der Temps bemerkt dazu, in Deutschland habe kürzlich eine Uebung „nationalistischer Banden" stattgefunden, bei dem allem Anschein nach eine Reichswehrabteilung die Rolle der französischen Truppen (!) gespielt habe. Die Organisation plane die Eröffnung eines „Guerillakrieges" gegen die Franzosen im Ruhrgebiet. Durch die Einschränkung des Lastautomobilverkehrs solle der Transport solcher nationalistischer Banden verhütet werden.

Der Streit um die Kapitulationen.

Noch keine Einigung.

In der 1. Kommission der Orientkonferenz kam die alte Streitfrage von der ersten Konferenz, die Frage der Kapitulationen, wieder zur Sprache. Einige Alliierte traten hier entschlossen den Türken gegenüber. Sie sind wohl damit einverstanden, daß die Kapitulationen abgeschafft werden, und daß bis zu ihrer wirklichen Aufhebung ein Uebergangsregime an die Stelle treten soll, während die Türken erklären, daß während des Krieges die Kapitulationen abgeschafft sind und abgeschafft bleiben müssen. Dies müsse klipp und klar in dem Art. 26 des Friedensvertragsentwurfs, der von Kapitulationen handelt, zum Ausdruck kommen. Unberührt davon bleiben natürlich die in anderen Artikeln festgelegten Ausnahmebestimmungen für Ausländer. Da natürlich Alliierte wie Türken auf ihrem Standpunkt beharrten, wurde die Frage schließlich an ein Sachverständigenkomitee überwiesen, das einen Ausweg finden und formulieren soll. Die übrigen Fragen, über die man verhandelte, waren nur von untergeordneter Bedeutung.

Der Aufmarsch in Syrien.

Während man in Lausanne verhandelt, trifft man im Orient alle Vorbereitungen für den Fall, daß die Konferenz scheitern sollte. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph bestätigt halbamtlich, daß Frankreich eine Division zur Verstärkung nach Syrien entsendet und General Weygand den Auftrag erhalten hat, auf der Ausreise nach Syrien in Lausanne Ismed Pascha zu erklären, daß die französische Regierung entschlossen sei, ihre Forderungen an die Türkei mit jedem Mittel durchzusetzen. Der Berichterstatter meldet ferner aus sehr guter Quelle, daß der griechische Außenminister Alexandris, der vor einigen Tagen Poincaré besucht hat, erklärt habe, eine neu ausgerüstete französische Armee von 180 000 Mann den alliierten Regierungen gegen die Türken zur Verfügung zu stellen.

Deutsches Reich.

den 30. April 1923.

° **Die Stellung des preußischen Staatsrats.** Die bürgerlichen Fraktionen des preußischen Staatsrats haben an die preußische Regierung eine förmliche Anfrage gerichtet, die sich mit den kürzlichen Ausführungen des Ministerpräsidenten Braun im Hauptausschuß des Landtages beschäftigt, in denen er erklärte, daß der Staatsrat zu einer beweglichen und weniger den Gang der Regierungsgeschäfte hemmenden Institution werden müsse. Die Bestrebungen des Staatsrats

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119230501-16/fragment/page=0005